

Illiberales Indien?

Eine beunruhigende Bestandsaufnahme

Sumit Ganguly

Die aktuelle Situation in Indien beunruhigt viele, die den Bestand der liberalen Demokratie gefährdet sehen. Der nachfolgende Text behandelt diesen Sachverhalt, übersteigt allerdings den gewohnten Umfang eines Artikels in SÜDASIEN. Er bettet das Regierungshandeln und dagegen gerichtete Proteste so in ein politisches Umfeld ein, dass sich Konturen einer illiberalen Strukturbildung erkennen lassen. Der Artikel grundiert insofern weitere Texte in diesem Heft. Metaphorisch ausgedrückt ist der längere Atem für das Lesen wohl auch darüber hinaus in Bezug auf Indien angebracht.

Im Mai 2019 gewann Premierminister Narendra Modi die Wahl für eine zweite fünfjährige Amtszeit mit einer seit Jahrzehnten nie dagewesenen parlamentarischen Mehrheit (303 von insgesamt 545 Sitzen). Unter seiner Führung hat es die *Bharatiya Janata Party* (BJP) aufgegeben, auch nur den Anschein zu erwecken, die verfassungsmäßige Verpflichtung auf die Werte des Säkularismus, des politischen Pluralismus und der geistigen Freiheit zu wahren.¹ Mit einer demoralisierten und blutleeren Opposition im Parlament, einer weitgehend eingeschüchterten, ehemals angriffslustigen Presse und einer unabhängigen Justiz in Gefahr steht Modi und seinen ideologischen Mitstreitern kaum etwas im Wege, um aus Indien eine illiberale Demokratie zu machen.

Die mehrheitlich antisäkulare Vision der BJP bedroht die freiheitliche Demokratie in Indien auf drei Ebenen: gesellschaftlich, ideologisch und institutionell. Wenn die Partei diese Vision umsetzt, wird Indien wahrscheinlich eine Wahldemokratie bleiben, aber der Anspruch, eine liberale Demokratie mit freien, leidenschaftlichen Debatten, einer widerstandsfähigen Gewaltenteilung und einem soliden Schutz der Rechte und Freiheiten zu sein, wird der Vergangenheit angehören.

Illiberale Anfänge

Illiberale Tendenzen waren schon während der ersten Amtszeit Modis von 2014 bis 2019 offensichtlich – mit einer Flut von Angriffen auf Dissidenten, welche die zunehmende hinduistische Bigotterie kritisierten und in der landessprachlichen Presse darüber schrieben. Prominente Intellektuelle, bekannt für ihre kritischen Stimmen, wurden unter mysteriösen Umständen erschossen.² Ihre Befürchtungen hinsichtlich des zunehmenden hinduistischen Religionseifers waren wohl begründet. Zwar gab es keine hinduistisch-muslimische Massenunruhen, wohl aber Lynchmorde an Muslimen vor allem in Nordindien wegen angeblichen Schmuggels von Rindern zum Zweck ihrer Schlachtung.³ Zum Thema dieser in Selbstjustiz verübten Morde verharrte der sonst so redselige Premierminister in eisigem Schweigen.

Der Fairness halber sei gesagt, dass auch der Indische Nationalkongress (*Indian National Congress*, INC) kaum saubere Hände hat. Der INC war der Hauptopponent der BJP und lange Zeit die beherrschende politische Partei Indiens. Mehr als zwei Jahrzehnte sammelte er Wählerstimmen, indem er illiberalen Kräften gegenüber Konzessionen machte. Noch

vor der berüchtigten Fatwa der Islamischen Republik Iran gegen den indisch-britischen Schriftsteller Salman Rushdie wegen seines 1988 erschienenen Romans „Die Satanischen Verse“ verhängte der indische Finanzminister unter dem INC-Premierminister Rajiv Gandhi ein Importverbot des Buches. Eine Dekade später wurde während der ersten Amtszeit von INC-Premierminister Manmohan Singh der große modernistische Maler M.F. Husain zur Flucht aus Indien nach Dubai gezwungen, nachdem seine Nacktdarstellungen indischer Gottheiten ihm Todesdrohungen eingebracht hatten, gegen die ihn die Regierung augenscheinlich nicht schützen wollte.

Der INC war allzu bereit, sich dem Illiberalismus zu fügen, hatte aber nicht diese Art von politischer Agenda wie die BJP und ihre hinduistisch-nationalistische Mutterorganisation, der Nationale Freiwilligenkorps oder RSS (*Rashtriya Swayamsevak Sangh*). Der INC sah sich auch mit strengen normativen und institutionellen Beschränkungen konfrontiert als die BJP mit ihrer großen Mehrheit. Fest im Amt verankert, ist diese Partei nun frei, ihren mehrheitlich hinduistischen Neigungen nachzugehen. Allem Anschein nach hat sie vor, genau dies zu tun.

Hartes Vorgehen gegen Andersdenkende

Vor dem Ende von Modis erster Amtszeit begann bereits das harte Vorgehen gegen bekannte oppositionelle Intellektuelle. Gegen Ende August 2018 verhafteten die Behörden landesweit fünf prominente Aktivist(inn)en⁴ nach dem Gesetz zur Verhinderung ungesetzlicher Aktivitäten (*Unlawful Activities Prevention Act*), das Inhaftierungen ohne richterlichen Beschluss erlaubt. Die fünf wurden wegen der Unterstützung kommunistischer Aufständischer beschuldigt, die über zwei Jahrzehnte in mehreren indischen Bundesstaaten Verwüstungen angerichtet hatten. Der Oberste Gerichtshof Indiens ordnete rasch die Verlegung der Aktivisten vom Polizeigewahrsam in den Hausarrest an. Zur Zeit dieser Niederschrift Ende Dezember 2019 waren immer noch drei in Haft, während zwei gegen Kautionsfreisetzung auf freiem Fuß sind. Unklar ist, ob die Regierung eine Anklage plant.⁵

Im Februar 2019 zeigte die Modi-Regierung bei den bevorstehenden Wahlen, dass sie ihre Absicht nicht aufgegeben hatte, Jagd auf bekannte Intellektuelle des öffentlichen Lebens zu machen, die abweichende Meinungen öffentlich vertreten. In jenem Monat wurde der bekannte Wissenschaftler und Dalit-Aktivist Anand Teltumbde wegen Anstiftung zu Unruhen in Mumbai abgeholt. Er hatte auf einem Literaturfestival 2017 Aufmerksamkeit mit der Äußerung erlangt, Modi sei ein „Narzisst par excellence“, der mit seiner Politik des „Faschismus plus irgendwas“ schlimmer noch als Hitler enden könne. Hunderte von Wissenschaftlern weltweit unterzeichneten eine Erklärung, in der sie Teltumbde verteidigten und forderten, die Anklage gegen ihn fallen zu lassen.⁶

Kaum im Amt, beeilte sich die zweite Modi-geführte Regierung, gegen jene Organe der traditionell frei-

en Presse vorzugehen, die es immer noch wagen, die Ansichten und Behauptungen der Regierung in Frage zu stellen. Am 9. August 2019 wurden der Fernsehnachrichtenproduzent Prannoy Roy und seine Frau und Geschäftspartnerin Radhika Roy auf dem Flughafen Mumbai wegen angeblicher Fluchtgefahr im Zusammenhang mit einer Korruptionsermittlung abgefangen. Sie dürften das Land nicht verlassen, um Urlaub zu machen.⁷ Der einflussreiche Nachrichtensender NDTV (*New Delhi Television Limited*), den sie besitzen und betreiben, war regierungskritisch. Dies nährte den Vorwurf, die Ermittlungen im Zusammenhang mit ihren Geschäften seien nur ein politisch motivierter Vorwand.

Der Einsatz von staatlichen Zwangsmaßnahmen gegen diejenigen, die die Regierungspolitik hinterfragen, nimmt zu. Anfang September 2019 wurde die prominente politische Aktivistin Shehla Raschid aus Neu Delhi wegen Aufruhrs (*sedition*) angeklagt, nachdem sie getwittert hatte, die indische Armee habe während der monatelangen Kontaktsperre des von Indien kontrollierten Teils des umstrittenen Bundesstaates Jammu und Kaschmir die Menschenrechte verletzt.⁸

Das Exempel Staatsbürgerschaft

Ein anderer Grenzstaat – Assam im Nordwesten – ist Schauplatz der mit am beunruhigendsten Entwicklung. Seit 2015 aktualisiert die BJP das Nationale Staatsbürgerregister (*National Register of Citizens, NRC*). Es handelt sich um ein Dokument aus den frühen 1950er-Jahren, das ausschließlich Assam behandelt. Am 31. August 2019 wurden im Rahmen dieser Aktualisierung diejenigen, welche nach dem 24. März 1971 in den Staat migriert waren (oder deren Vorfahren) zu „Staatenlosen“ erklärt.⁹ Das Datum wurde deshalb gewählt, weil damals am folgenden Tag die pakistanische Ar-

mee massiv und gewaltsam Unruhen in Ostpakistan niederschlug, was Millionen zur Flucht über die indische Grenze trieb. Die Niederschlagung führte zu einem umfassenden Bürgerkrieg, gefolgt von der erfolgreichen Intervention des indischen Militärs im Dezember 1971 und der Entscheidung Ostpakistans, sich unter dem Namen Bangladesch als neues unabhängiges Land zu erklären.

Die Bestimmungen des NRC gehen zurück auf das Assam-Abkommen von 1985, das die Zentralregierung in Neu Delhi nach ausgedehnten Protesten der indigenen Assames(inn)en aushandelte, die wegen der illegalen Einwanderung (meist Bengalischesprechende Muslime) aus dem benachbarten Bangladesch besorgt waren. Eingewanderte Aktivisten fürchten, dass die NRC-Aktualisierung die gesamte arme Bevölkerung einschließlich der armen Muslime entrechtet wird.

Mit dem Stichtag für die NRC-Aktualisierung und der Anwendung der neuen Anforderungen an die Staatsbürgerschaft scheinen mindestens 1,9 Millionen der insgesamt 33 Millionen Einwohner/-innen Assams staatenlos geworden zu sein. Denjenigen, die nun als „Staatenlose“ galten, wurde eine Frist von 120 Tagen (beginnend mit dem 31. August 2019) eingeräumt, um beim für Ausländer zuständigen Gericht in Assam (*Foreigners Tribunal of Assam*) Beschwerde einzulegen. Denjenigen, die das Gericht nicht davon überzeugen können, in das NRC aufgenommen zu werden, bleibt als letzte Instanz nur die notorisch langsam arbeitende Gerichtsbarkeit der indischen Union. In der Zwischenzeit ließ die indische Regierung Internierungslager in Assam errichten.¹⁰ Anfang September 2019 ließ Innenminister Amit Shah, der auch BJP-Parteivorsitzender ist, verlautbaren, dass die Modi-Regierung „nicht eine(n) einzige(n) illegale(n) Einwanderer/-in“ in Assam dulden werde.¹¹ Neben dem erklärten Ziel,



Campus der Jawaharlal Nehru Universität

Bild: flickr.com, Manuel Menal (CC BY-SA 2.0)

die illegale Einwanderung umzukehren, sehen Kritiker die Absicht, alle Muslime, die keinen Staatsangehörigkeitsnachweis erbringen können, aus diesem Teil Indiens zu vertreiben.

Mit Sprachenvielfalt und Meinungsfreiheit auf Kriegsfuß

Minister Shah, darf man vermuten, kann mit Indiens Vielfalt und Pluralismus, die dem Land innewohnt, kaum etwas anfangen. Dies wurde auch durch Äußerungen am 14. September 2019 deutlich, dem Gedenken an den *Hindi Day*, der den Beschluss der Verfassungsgebenden Versammlung (*Constituent Assembly*) aus dem Jahr 1949 markiert. Dieser Beschluss erhob Hindi zur „offiziellen“ Sprache der Union (mit Vorschriften, die den Gebrauch des Englischen für bestimmte Zwecke erlauben). Indien hat keine „nationale“ Sprache, und es gibt neben Hindi 22 weitere in der Verfassung „aufgeführte“ Sprachen. In einer Rede und einigen Tweets äußerte Shah, dass „es sehr wichtig ist, eine

Sprache für das ganze Land zu haben, welche die Identität Indiens in der Welt darstellt.“¹² Er fuhr fort, es solle Hindi sein, da sie die am meisten gesprochene Sprache sei (von etwa 40 Prozent der Bevölkerung). Durch diese Forderung bekräftigte Shah eine lang gehegte Präferenz der BJP und belebte die Idee neu. Wenngleich Versuche in den 1960er-Jahren, Hindi zu bevorzugen, zu großflächigen Unruhen im Land führten, insbesondere in Tamil Nadu und Westbengalen. Dort dominieren andere Sprachen als Hindi. Erwartungsgemäß reagierten führende Persönlichkeiten außerhalb des „Hindi-Gürtels“ im mittleren Norden empört auf Shahs Werbeschachzug für Hindi und forderten die Rücknahme seiner Äußerungen.

Schon während seiner ersten Amtszeit verhielt sich Modi gegenüber der *Jawaharlal Nehru University* (JNU) in Neu Delhi ausgesprochen grob, immerhin eine von Indiens renommiertesten, wenn auch links stehenden, akademischen Lehranstalten. Ich habe an anderer Stelle darauf hingewiesen, wie die Regierung 2016 einen JNU-Studenten wegen Aufruhrs festnahm, nachdem er im Februar dessel-

ben Jahres eine leidenschaftliche, aber weitgehend banale Rede gehalten hatte.¹³ Danach kam es zur Einmischung in die innere Verwaltung mit dem Ziel, die Fakultäten – nicht nur an der JNU, sondern landesweit – daran zu hindern, Kritik an der rechts gerichteten Regierung zu üben.¹⁴

Unglücklicherweise scheinen diese Bestrebungen, die Unabhängigkeit der öffentlichen wie auch der privaten Universitäten einzuschränken, Auftrieb zu erhalten. Im Juni 2019 erließ Ministerpräsident Yogi Adityanath, ein BJP-Politiker und fanatischer Hindupriester, im bevölkerungsreichen Bundesstaat Uttar Pradesh eine Verordnung, die private Universitäten anwies, keine „antinationalen Aktivitäten“ zu erlauben. Darauf angesprochen zu erläutern, was ein solches Verhalten ausmache, weigerte sich die Regierung, offiziell dazu Stellung zu nehmen. Adityanaths Stellvertreter deutete an, dass die Verordnung notwendig sei, um eine Wiederholung der Proteste wie der Demonstration an der JNU im Februar 2016 zu verhindern.¹⁵

Die jüngsten Signale, dass die mit einer größeren Parlamentsmehr-

heit wiedergewählte Modi-Regierung nicht die Absicht hat, ihre Bestrebungen nach Übernahme der Universitäten und Kontrolle der Fakultätsmitarbeiter/-innen zu mäßigen, sind alarmierend. Im Juli 2019 forderte ein JNU-Vertreter eine von Indiens renommiertesten Historikerinnen, Romila Thapar, schriftlich auf, Zeugnisse einzureichen, um ihre Eignung als emeritierte Professorin der Universität neu bewerten zu können. Thapar, die 1931 geboren und 1991 emeritiert wurde, aber noch aktiv ist, weigerte sich. Es ist auch unnötig, denn Thapars Schriften und Einlassungen sind weithin veröffentlicht, und sie verfügt über sechs Ehrendoktorwürden. Die als Verwaltungsroutine getarnte Beleidigung war schlicht der Versuch, eine Intellektuelle von öffentlichem Renommee wegen ihrer Kritik an den mehrheitlichen Tendenzen der BJP-Regierung sowie deren Bestrebungen, die Geschichtsbücher neu zu schreiben, herabzusetzen.¹⁶ Wissenschaftler/-innen aus dem In- und Ausland setzten sich für Thapar ein. Ihr hoher wissenschaftlicher Rang hilft ihr bei ihrer unnachgiebigen Haltung, aber die Bereit-

schaft der Regierung, jemanden von ihrem Rang ins Visier zu nehmen, beeindruckt zweifellos jüngere Wissenschaftler/-innen. Das ist kein gutes Omen für die Zukunft der Wissenschaftsfreiheit in einem von der BJP regierten Indien.

Der Angriff auf die Institutionen

Das Land ist in mehrfacher Hinsicht einem Angriff auf seine Institutionen ausgesetzt. Anzeichen einer bevorstehenden Attacke wurden schon während des Wahlkampfes 2019 sichtbar. Lange Zeit für ihre strikte Unparteilichkeit gefeiert, zeigte die Wahlkommission Indiens (*Election Commission of India*, ECI) während des Wahlkampfes Anzeichen von Begünstigung der Regierung. Ende März, weniger als zwei Wochen vor der Öffnung der Wahllokale, erschien plötzlich ein Fernsehsender namens *NaMo TV*. Es drehte sich alles um Modi, ausschließlich seine Reden als Premierminister und weitere BJP-Themen standen auf dem Programm. Die Oppositionsparteien beklagten, der Fernsehsender verstoße gegen den ECI-Verhaltenskodex, der am 10. März 2019 in

Kraft getreten war. Am 10. April, einen Tag vor Beginn der Wahlen¹⁷ erlegte die ECI *NaMo TV* Beschränkungen auf. Der Sender wurde am 17. Mai, zwei Tage vor der letzten Wahlphase, dauerhaft abgeschaltet. Kritiker, einschließlich Rahul Gandhi, INC-Vorsitzender und Hauptopponent Modis, waren der Ansicht, dass die Verletzungen des Verhaltenskodex durch *NaMo TV* offensichtlich seien und beschuldigten die ECI, langsam und schwach reagiert zu haben, um die BJP zu begünstigen. Die ECI, twitterte Gandhi, sei schuld an der „Kapitulation vor Modi und seiner Gang“. Die Kommission, fuhr Gandhi fort, „war einmal gefürchtet und angesehen. Nun nicht mehr.“¹⁸ Andere Beschwerden betrafen das zögerliche Vorgehen der ECI, die Ausstrahlung eines biografischen Films über Modi am Wahlabend zu stoppen.

Nicht weniger als 66 hohe Beamte im Ruhestand unterzeichneten am 8. April einen Brief an den Präsidenten Indiens und brachten ihre „tiefe Be-

Protest in Kachmir trotz Versammlungsverbot

Bild: flickr.com, Kashmir Global (CC BY 2.0)



sorgnis“ darüber zum Ausdruck, dass die „Glaubwürdigkeitskrise“ der ECI „das Fundament der indischen Demokratie“ gefährde.¹⁹ Mit einer Flut weiterer Klagen konfrontiert, ergriff die ECI so milde Maßnahmen wie die Ermahnung des Premierministers Adityanath, in seinen Äußerungen „vorsichtiger“ zu sein. Die ECI steht in den Augen der Wähler inzwischen kompromittiert da. Diese bedeutsame Kontrollinstitution war lange Zeit für ihre Neutralität und Unabhängigkeit hoch angesehen. Es handelt sich hier um einen echten und schwerwiegenden Sündenfall.

Die von der BJP-Regierung betriebene Schwächung grundlegender Institutionen hatte sich ebenso im Dezember 2018 gezeigt. Sie hatte Shaktikanta Das für drei Jahre zum Chef der Indischen Zentralbank (*Reserve Bank of India*, RBI) berufen. Zum ersten Mal in drei Jahrzehnten würde eine Person ohne Universitätsabschluss oder qualifizierte Berufserfahrung in Wirtschaftswissenschaften Indiens Zentralbank leiten. Shaktikanta Das ist ein pensionierter Beamter mit zwei Abschlüssen in Geschichte.²⁰ Er hatte zuletzt öffentliche Ämter mit wirtschaftlichen Fragestellungen bekleidet und war mit der Umsetzung von Modis schlecht durchdachter und umstrittener Geldentwertung vom November 2016 befasst. Auf einen Schlag wurden hohe Währungsbeträge abgezogen, was zu erheblichen Verwerfungen führte. Seit seiner Übernahme der RBI hat Das nicht eine Entscheidung getroffen, die nicht zur Sorge um die künftige Unabhängigkeit der Bank geführt hätte. Seine dubiose Geldpolitik mit desaströsen wirtschaftlichen Folgen und seine fehlende einschlägige Qualifikation nähren weiterhin die Befürchtung, ob er den Einfluss der BJP von der quasi-autonomen Zentralbank fernhalten kann oder will.

Zudem bedient sich die Modi-Regierung in problematischer Weise der

Strafverfolgungsbehörden. Im August 2019, wenige Monate nach der Wahl, wurde der ehemalige Finanzminister unter der INC-Regierung, P. Chidambaram, wegen Geldwäsche und Bestechung festgenommen. Es wirkte wie ein fürs Fernsehen inszeniertes Spektakel: Am Abend des 21. August kletterten Beamte der indischen Bundespolizei (*Central Bureau of Investigation and the Enforcement Directorate*) vor laufenden Kameras über die Mauern von Chidambarams Haus in Neu Delhi. Ein INC-Sprecher beklagte verbittert, die Regierung greife sich ein prominentes Mitglied der wichtigsten Oppositionspartei heraus. Er nannte die Festnahme gar einen „Mord an der Demokratie am hellichten Tag“.²¹

Das Gericht wird Chidambaram schuldig oder unschuldig sprechen. Zweifel an der Art und am Zeitpunkt seiner Festnahme sind jedoch nachvollziehbar. Wengleich bei der politischen Klasse Indiens Rechtsbruch leider nichts Ungewöhnliches ist. Einem Bericht zufolge sind 159 der 545 Mitglieder des Unterhauses wegen schwerer Straftaten angeklagt.²² Der INC war in Aufruhr: eine Polizeirazzia bei Nacht und Nebel bei einem seiner führenden Mitglieder kann ihm nur weiteren Schaden zufügen. Selbst wenn die Beschuldigungen gegen Chidambaram sich bewahrheiten, scheidet jedoch der leiseste Verdacht, die Strafverfolgung werde politisiert, der indischen Demokratie.

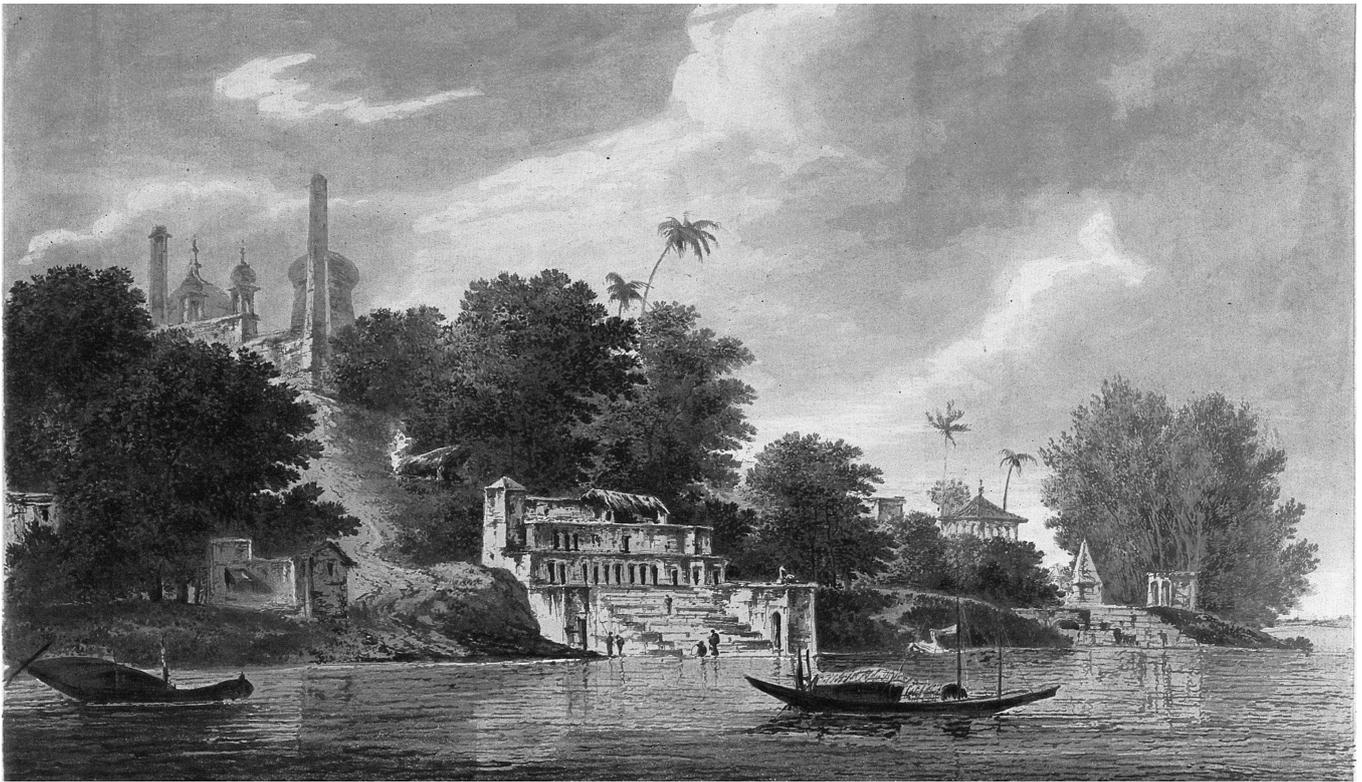
Gravierende Änderungen – keine Debatte

Besonders verstörend war das Vorgehen der Regierung am 5. August 2019, das grundsätzlich die Frage nach der Zukunft des indischen Föderalismus aufwarf. An diesem Tag nutzte die BJP ihre große Mehrheit im Parlament, um den Sonderstatus von Jammu und Kaschmir zu beenden und den Bundesstaat zum Unionsgebiet zu erklären. Fairerweise muss gesagt werden, dass diese Aktion schon lange auf

der BJP-Agenda stand und eine Forderung in ihrem Wahlprogramm von 2019 war. Gleichwohl war die Vorgehensweise derart überstürzt, dass es einer rücksichtslosen Missachtung des grundlegenden Charakters Indiens als föderaler Republik gleichkam. Es gab keine Diskussion oder Debatte im Parlament, Proteste der Opposition blieben erfolglos. Die Regierung zeigte keinerlei Bereitschaft, die gesetzgebende Versammlung des Bundesstaates zu konsultieren, obwohl die Verfassung dies verlangt. Einen Bundesstaat mit eigener Regierung in ein direkt von Neu Delhi zu regierendes Territorium umzuwandeln stellt einen einschneidenden Schritt dar. Mit anzusehen, wie diese Maßnahme Anfang August 2019 durchgeschleust wurde – mit einem suspendierten und von dem Prozess vollständig ausgeschlossenen Bundesstaatsparlament –, das war selbst für erfahrene Beobachter der BJP und ihres manchmal plumphen Prozedere ein Schock.

Gemäß der nationalen Volkszählung von 2011 waren etwa 68 Prozent der 12,5 Millionen Einwohner/-innen von Jammu und Kaschmir Muslime. Dieser Umstand machte ihn zum einzigen mehrheitlich muslimischen Bundesstaat Indiens. Die indische Union besteht insgesamt zu etwa 80 Prozent aus Hindus. Die Muslime in Kaschmir befürchten nun, dass mit der Aufhebung des Sonderstatus von Jammu und Kaschmir Bewohner/-innen anderer Teile der Union beginnen, Immobilien zu kaufen und dorthin zu ziehen. Wenn der Oberste Gerichtshof die Statusänderung bestätigt, dann gäbe es keine rechtliche Beschränkung mehr. Die Muslime Kaschmirs befürchten, so zu einer Minderheit in ihrer Heimat zu werden. Die BJP-Aktivisten würden dies wahrscheinlich begrüßen, da sie dies als einen Fortschritt bei der nationalen Integration ansähen.

Bis heute ist der nördlichste Teil Indiens abgeriegelt. Führende Politiker des Bundesstaates stehen unter



Gemälde der Babri-Moschee von dem englischen Maler William Hodges (1744–1797).

Bild: wikimedia, public domain

Hausarrest, viele Kritiker sind untergetaucht oder im Gefängnis. Die Presseberichterstattung wird kontrolliert, ausländische Journalist(inn)en sind ausgeschlossen. Sicherheitskräfte führen Absperrungen und Durchsuchungen durch, wobei ihnen Rechtsverletzungen zur Last gelegt werden.²³

Trotz der Bemühungen der Regierung, den Eindruck zu erwecken, als würden sich die Dinge normalisieren, bleibt die Lage in Kaschmir angespannt. Oppositionellen im indischen Parlament wie auch US-Senator Christopher Van Hollen (Demokratische Partei, Distrikt Maryland) wurde die Erlaubnis verweigert, die Region zu besuchen. Ende Oktober 2019 allerdings wurde eine handverlesene Gruppe des Europäischen Parlaments, überwiegend Repräsentanten von Parteien des rechten Flügels, zu einer minutiös arrangierten Rundreise durch Kaschmir eingeladen. Ein Mitglied

des Europaparlaments, Chris Davies von den britischen Liberalen Demokraten, zog seine Zusage zurück, nachdem er sich vergeblich um ungehinderten Zugang bemüht hatte. Deutschlands Kanzlerin Angela Merkel äußerte bei ihrem Besuch in Indien öffentlich, zum Missfallen der Modi-Regierung, die Lage in Kaschmir sei „unhaltbar“.²⁴

Ayodhya-Widersprüche

Am 8. November 2019 urteilte ein fünfköpfiges Richtergremium des Obersten Gerichtshofs zum Fall der Babri-Moschee und versetzte dem Pluralismus einen weiteren Schlag. Die Klage war nach der Zerstörung des muslimischen Gotteshauses in Ayodhya (Uttar Pradesh) durch hinduistische Eiferer im Dezember 1992 erhoben worden. Das Gericht entschied, das 2,77 Hektar große Grundstück müsse der Regierung übergeben werden. Diese könne dann eine Stiftung gründen, um dort einen hinduistischen Tempel zu bauen. Gleichzeitig sprach der Gerichtshof der muslimischen Seite fünf Hektar in einem anderen Teil von Ayodhya zum Bau einer neuen Moschee zu. Bemerkens-

wert ist hier, dass die Richter, obwohl sie die Zerstörung der Babri-Moschee als gesetzlosen Akt verurteilten, beschieden, der Regierung das Grundstück zur Nutzung durch die hinduistische Gemeinschaft zu übereignen.²⁵

Hindu-Aktivist(inn)en und Eiferer jubelten, die muslimischen Kläger zeigten sich über den Richterspruch enttäuscht. Sie nahmen das Urteil allerdings an. Es ist kaum zu bestreiten, dass dies ein weiterer Angriff auf das Gefüge des indischen Säkularismus darstellt. Zwar haben die Richter zugestanden, die Zerstörung der Moschee sei illegal gewesen, ließen aber die Errichtung eines Hindu-Tempels auf dem Grundstück zu – mithin eine offensichtliche Privilegierung der Empfindungen eines Segments der religiösen Mehrheit.

Gewohnte Übergriffe oder neue Qualität?

Illiberale Tendenzen können in der indischen Politik seit langem nachverfolgt werden. Dies ist zum einen der Berechnung von Politiker(inn)en geschuldet, die Wählerstimmen wollen, als auch den Ängsten insti-

tutionell schwacher Behörden, die fürchten, dass eine tatkräftige Unterstützung individueller Rechte und Minderheitsrechte in brisanten Fällen nur Unruhe stiftet. Den Forderungen der Lautesten und Labilsten nachzugeben, auch wenn sie nur eine Minderheit sind, schien immer der Königsweg zu sein. So wurden Bücher verboten, Künstler/-innen exiliert, Student(inn)en verhaftet und Extremisten ermutigt.

Was heute in Indien zum Vorschein kommt, hat allerdings eine neue Qualität. Der Illiberalismus, den wir heute sehen, ist keinem politischen Zynismus oder staatlicher Furcht geschuldet. Es handelt sich vielmehr um ein bewusst in Szene gesetztes, minutiös orchestriertes Programm einer erfolgreichen politischen Bewegung. Sie zielt darauf ab, liberale Werte und Praktiken zu unterminieren, den intellektuellen, kulturellen und politischen Pluralismus zu zerstören, ohne den das riesige, vielfältige und demokratische Indien keine Hoffnung auf Überleben geschweige denn Größe hat. Diese Bewegung hat eine ideologische Vision von Indien als einem einheitlich-homogenen Staat, in dem Hindus privilegiert sind. Um diese Vision zu verwirklichen, muss diese Bewegung die Prinzipien des Säkularismus und der Gleichheit, auf denen die Republik Indien gründet, beiseite schieben. Da die BJP über die Mehrheit verfügt, die politische Opposition schwach ist, und die Medien sich höchst fügsam zeigen, verfolgt die Partei ihre Strategie wie eine veritable Dampfwalze.

Wenn die Regierung diesen Weg ungehindert verfolgte, könnte eines Tages sogar Indiens Status als Wahldemokratie auf dem Spiel stehen. Die Opposition befindet sich in Auflösung. Lassen Medien und Justiz sich weiter einschüchtern, und verhält sich die Wahlkommission weiterhin zögerlich, könnte Indiens Chronik der freien und fairen Wahlen bald enden. Diese schreckliche Aussicht ist

nicht zwingend, aber die Trends lassen nichts Gutes ahnen.

Fingerzeige für einen Ausweg

Kann der Marsch in ein illiberales Indien gestoppt oder gebremst werden? Es gibt ein Quartett von Kräften, das als Stolpersteine agieren könnte. Die erste Kraft bildet die Zivilgesellschaft. Trotz Drohungen und Schikanen hat sie sich noch nicht ergeben. Bekannte Intellektuelle, die sich nicht scheuen, ihren Lebensunterhalt und in einigen Fällen sogar ihr Leben zu riskieren, üben weiterhin Kritik. Es wäre zu wünschen, sie fänden zukünftig mehr Gehör.

Zum zweiten stützt die Regierung ihren Erfolg bei Wahlen auf das, was in der Politikwissenschaft „Legitimation durch Leistung“ genannt wird, was immer sonst die ideologische Festlegung der Regierung sein mag. Im indischen Kontext bedeutet das in erster Linie, dass Sozialleistungen Stimmen bringen.²⁶ Die Verteilung dieser Leistungen (einige noch aus INC-Zeiten) hat das Ansehen der BJP bei der ärmeren Bevölkerung in Indien gestärkt. Die Finanzierung dieser Programme braucht allerdings wirtschaftliches Wachstum. Hier könnte der zweite Stolperstein liegen. Schwächt sich das Wachstum ab, gerät Modis Popularität in Gefahr, der Opposition eröffnen sich heute noch ungeahnte politische Möglichkeiten. Das letzte Quartal 2019 verzeichnete einen Rückgang. Kann die Regierung diesen Trend nicht umkehren, droht der BJP tatsächlich Gefahr.

Der dritte mögliche Stolperstein liegt im tief in der indischen Gesellschaft verankerten Kastensystem begründet. Seit Jahren hat die BJP Probleme, Angehörige unterer Kasten an sich zu binden, unbeschadet ihrer Botschaft der Vorherrschaft der Hindu-Mehrheit („Majoritarismus“). Im Jahr 2019 erzielte die BJP mit 38 Prozent der Stimmen trotzdem das beste je erreichte

Ergebnis unter diesen Wähler(inne)n der unteren Kasten. Kann ein solcher Erfolg aufrecht erhalten werden? In Indien weisen die Wähler/-innen der unteren Kasten (was oft Armut bedeutet) bei lokalen, bundesstaatlichen und nationalen Wahlen eine hohe Wahlbeteiligung auf. Ihre politische Entwicklung steht jedoch nicht still. Im Jahr 2019 verließen sie noch die kastenbasierten Parteien in Nordindien, insbesondere in Uttar Pradesh, um die BJP zu unterstützen. Dafür erwarten sie spürbare materielle Verbesserungen. Sollten sich diese absehbar nicht einstellen, verfällt die Garantie auf die Stimmen aus den unteren Kasten. Die Fähigkeit der BJP könnte sich so verflüchtigen, Wähler/-innen jenseits der traditionellen Wahlschichten aus höheren und mittleren Kasten zu erreichen.

Schließlich, und damit zusammenhängend, wird die schiere kulturelle, sprachliche und ethnische Vielfalt des Landes nicht so leicht zu überrollen sein. Indiens innewohnende Vielfalt wird einem Regime, das die Illiberalität umarmt, im Wege stehen. Man kann argumentieren, dass Indien als ein funktionierender, wenngleich unbeständiger Staat gerade wegen seiner Verpflichtung auf die liberale Demokratie überlebt hat – wenn auch mit Mängeln und lediglich teilweise. Nur universale liberale Prinzipien und Rechte – die für alle ohne Rücksicht auf den persönlichen Status gelten – können als Grundlage für den Zusammenhalt von unterschiedlichen Regionen, Sprachen, Religionen, Kasten, Klassen und Ethnien in Indien dienen. Gleichwohl: Der Abbau dieses konstitutionellen Gefüges und das Über-Bord-Werfen des Ideals der Gleichheit vor dem Gesetz im Namen einer hinduistisch-nationalen Utopie seitens der BJP beinhalten natürlich überaus beunruhigende Konsequenzen. Hoffen wir, dass wir sie nie erleben werden.

*Aus dem Englischen übersetzt
von Thomas Platzbecker*

Zum Autor



Sumit Ganguly ist Professor der Politikwissenschaft und Inhaber des Rabindranath-Tagore-Lehrstuhls für Indische Kulturen und Zivilisationen (*Rabindranath*

Tagore Chair of Indian Cultures and Civilizations) an der Indiana University, Bloomington. Er ist auch Autor (zusammen mit William R. Thompson) des Werks *Ascending India and Its State Capacity: Extraction, Violence, and Legitimacy*, Yale University Press 2017.

Texthinweis

Der Artikel ist im englischen Original erschienen unter dem Titel „*Illiberal India?*“ im *Journal of Democracy*, Band 31, Nr. 1, Januar 2020, *National Open Document for Democracy* / Johns Hopkins University Press.

Endnoten

- ¹ Ashutosh Varshney, Modi Consolidates Power: Electoral Vibrancy, Mounting Liberal Deficits, in: *Journal of Democracy* 30 (Oktober 2019), S. 63-77. Siehe auch Sumit Ganguly, Secularism Is Dying in India, in: *Foreign Policy* 11, Dezember 2019 via <https://foreignpolicy.com/2019/12/11/secularism-is-dying-in-india>.
- ² Mukul Kesavan, India: Assassinating Dissent, in: *New York Review of Books Daily*, 15. September 2017, www.nybooks.com/daily/2017/09/15/india-assassinating-dissent.
- ³ Amar Diwakar, How ‘Cow Vigilantes’ Launched India’s Lynching Epidemic, in: *New Republic*, 26. Juli 2017, via <https://newrepublic.com/article/144043/cow-vigilantes-launched-indias-lynching-epidemic>.
- ⁴ Arun Ferreira, Sudha Bharadwaj, Gautam Navlakha, Varavara Rao, Vernon Consalves, siehe auch SÜDASIEN Heft 4-2018, Anm. d. Red.
- ⁵ Die neue Landesregierung in Maharashtra hat eine Überprüfung angekündigt; Anm. d. Red.
- ⁶ Kai Schultz, Jeffrey Gettleman, Harl Kumar, Indian Professor Who Compared Modi to Hitler Is Waiting to Be Jailed, in: *New York Times*, 20. Februar 2019. Zum Statement siehe Academics Demand Dropping Charges Against Tel-

tumbde, Other Activists, in: *The Wire*, 7. Februar 2019, via <https://thewire.in/rights/anand-teltumbde-activists-arrested-petition>.

- ⁷ NDTV’s Prannoy Roy and Radhika Roy Detained at Mumbai Airport, Not Allowed to Leave India, in: *New Indian Express*, 9. August 2019.
- ⁸ Saurabh Trivedi, Activist Shehla Rashid Booked on Sedition Charge, ‘Promoting Enmity,’ in: *The Hindu*, 6. September 2019.
- ⁹ Arunabh Saikia and Ipsita Chakravarty, Explainer: What Exactly Is the National Register of Citizens?, in: *Scroll (India)*, 15. Juli 2019, via <https://scroll.in/article/930482/explainer-what-exactly-is-the-national-register-of-citizens>.
- ¹⁰ Zamira Rahim, India Builds Detention Camps for up to 1,9 Million People ‘Stripped of Citizenship,’ in Assam, in: *The Independent*, 11. September 2019.
- ¹¹ Not a Single Illegal Immigrant Will Stay, Says India After Assam Register Excludes Millions, in: *The Guardian*, 8. September 2019, via www.theguardian.com/world/2019/sep/09/not-a-single-illegal-immigrant-will-stay-says-india-after-register-excludes-millions.
- ¹² On Hindi Diwas, Amit Shah Says Hindi Can Unite Nation, South Leaders Call It ‘Forced Imposition,’ in: *Hindustan Times*, 14. September 2019, via www.hindustantimes.com/india-news/on-hindi-diwas-amit-shah-says-hindi-can-unite-nation-dmk-calls-it-a-jolt/story-wjxxxwZqW27RFyjfzUVAJ.html; siehe auch SÜDASIEN Heft 2-2019.
- ¹³ Sumit Ganguly, India Under Modi: Threats to Pluralism, in: *Journal of Democracy* 30, Januar 2019, S. 83-90.
- ¹⁴ Zoya Hasan, Colonising the Campus, in: *India Today*, 10. November 2018.
- ¹⁵ Ipsita Chakravarty, ‘Tukde, Tukde Gang’: How the BJP Has Used Misinformation in the JNU Sedition Case to Stifle Dissent, in: *Scroll (India)*, 25. Juni 2019, via <https://scroll.in/article/927972/tukde-tukde-gang-how-the-bjp-has-used-the-jnu-sedition-case-to-stifle-dissent>.
- ¹⁶ Priscilla Jebaraj, Romila Thapar Declines to Send Her CV to JNU, in: *India Today*, 3. September 2019.
- ¹⁷ die allgemeinen indischen Wahlen, die größten der Welt, verlaufen in Phasen verteilt über fünf Wochen.

- ¹⁸ Curtain Falls for NaMo TV as India Waits for 2019 Election Result, in: *Kalinga TV*, 21. Mai 2019, via <https://kalingatv.com/nation/curtain-falls-for-namo-tv-as-india-waits-for-2019-election-result>.
- ¹⁹ Puneet Nicholas Yadav, 66 Ex-Bureaucrats Including Najeeb Jung, Shivshankar Menon Write to President, Say EC Suffering from Credibility Crisis, in: *Outlook*, 8. April 2019, via www.outlookindia.com/website/story/india-news-election-commission-is-suffering-from-credibility-crisis-66-ex-bureaucrats-write-to-president-kovind/328385
- ²⁰ Prabhaskar K. Dutta, MA in History, Shaktikanta Das Is First Non-Economist in 28 Years to be RBI Governor, in: *India Today*, 12. Dezember 2018, via www.indiatoday.in/business/story/shaktikanta-das-non-economist-rbi-governor-1407702-2018-12-12.
- ²¹ ‘Chidambaram’s Arrest Daylight Murder of Democracy,’ in: *Times of India*, 22. August 2019, via <https://timesofindia.indiatimes.com/india/chidambarams-arrest-daylight-murder-of-democracy/articleshow/70783255.cms>.
- ²² Mohammed Kudrati and Archis, 17th Lok Sabha: Highest Number of MPs Facing Criminal Charges Since 2004, in: *Boom Live*, 29. Mai 2019, via www.boomlive.in/17th-lok-sabha-highest-number-of-mps-facing-criminal-charges-since-2004.
- ²³ UN Team Alleges Violations of Rights in Kashmir, in: *The Hindu*, 22. August 2019.
- ²⁴ Outrage over Right-Wing Euro-MPs’ Kashmir Visit, in: *BBC News*, 30. Oktober 2019, via www.bbc.com/news/world-asia-india-50231022. Siehe auch Manoj Joshi, Doval’s Dog and Pony Show for MEPs Is a Disaster for Indian Diplomacy, in: *The Wire*, 30. Oktober 2019, via <https://thewire.in/government/eu-mp-kashmir-visit-ajit-doval>; Kashmiris’ Situation Is Unsustainable, Merkel Says, in: *Reuters*, 1. November 2019, via <https://news.yahoo.com/kashmiris-situation-unsustainable-merkel-says-130216714.html>.
- ²⁵ Siehe auch SÜDASIEN Heft 4-2019, Anm. d. Red.
- ²⁶ See Yamini Aiyar, Modi Consolidates Power: Leveraging Welfare Politics, in: *Journal of Democracy* 30, Oktober 2019, S. 78-88.